

# **Das Modellprojekt zur Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in den Arbeitsmarkt in NRW (ILA) informiert**

## **Berücksichtigung von langzeitarbeitslosen Personen im Rahmen des kommunalen Auftragswesens**

(gültig für alle Dezernate / FB und städtischen Konzerntöchter)

Im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik beteiligt sich die Stadt Duisburg mit dem „Duisburger Modell“ an dem Modellprojekt zur „Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in den Arbeitsmarkt in NRW“ des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (ILA).

Durch das Modellprojekt sollen langzeitarbeitslose Personen der Zielgruppe in eine arbeitsvertraglich geregelte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden. Hierzu sollen unter ausdrücklicher Einbeziehung der Stadt Duisburg und ihrer Konzerntöchter geeignete Arbeitsplätze mit Tätigkeiten im niederschweligen Bereich auf dem ersten Arbeitsmarkt identifiziert und akquiriert werden, auf denen die Zielgruppe Berufserfahrung sammeln und Vermittlungshemmnisse abbauen kann.

Zielgruppe des Duisburger Modells sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II, welche in örtlicher Zuständigkeit des jobcenter Duisburg seit mindestens vier Jahren Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende beziehen, in dieser Zeit keine nennenswerte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt oder selbständige Tätigkeit ausgeübt haben und in absehbarer Zeit keine Beschäftigungschancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben.

Im Rahmen des Modellprojektes ist die Neuausrichtung des kommunalen Auftragswesens ein elementarer Bestandteil. Hier sollen soziale Belange – insbesondere die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Personen gemäß der Projektdefinition – deutlich stärker als bisher Berücksichtigung finden. Die Verwaltungsvorstandskonferenz hat am 11.09.2018 den Beschluss zur Modifizierung des städtischen Vergabewesens gefasst.

Zur Umsetzung dieser Maßnahme wurde folgendes Verfahren entwickelt:

- 1.) Die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Personen fließt als zusätzliche Leistungsposition in dafür geeignete Vergabeverfahren ein.
- 2.) In die Prüfung, ob ein Vergabeverfahren geeignet ist, werden lediglich Aufträge einbezogen
  - a. die unterhalb der Schwellenwerte liegen. Diese liegen derzeit für Bauaufträge bei 5.548.000 Euro und für sonstige Liefer- und Dienstleistungsaufträge bei 221.000 Euro;
  - b. deren Laufzeit mindestens 6 Monate beträgt und
  - c. die nicht durch Drittmittel gefördert werden.
- 3.) Die Dienststellen erhalten eine Checkliste, die bei der Einleitung eines Vergabeverfahrens auszufüllen ist (Anlage 1). Sofern die Rahmenkriterien zu Pkt. 2 erfüllt sind, ist durch den Fachbereich Kontakt zum Modellprojekt ILA (50-20) aufzunehmen. Zusammen mit dem Fachbereich wird geprüft, ob bzw. inwiefern die Beschäftigung langzeitarbeitsloser Personen im Rahmen des Auftrags möglich ist. Insbesondere wird in Abstimmung mit dem jobcenter geprüft, ob für den

Auftrag geeignete langzeitarbeitslose Personen in Frage kommen könnten.

- 4.) Die Checkliste wird von den Dienststellen zusammen mit den üblichen Vergabeunterlagen bei Bauleistungen der Submissionsstelle (30-2) und bei Liefer- und Dienstleistungen dem Einkauf (10-31) zur Veröffentlichung der Ausschreibung weitergeleitet. Diese sichtet die Unterlagen und fordert evtl. fehlende Checklisten beim Fachbereich an. Sofern die Rahmenkriterien zu Pkt. 2 erfüllt sind leitet sie die Informationen an 50-20 weiter.
- 5.) Bei Ausschreibungen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 1 Mio. Euro ist zu prüfen, ob evtl. die Beschäftigung von zwei oder mehr Personen der Zielgruppe als zusätzliche Leistungsposition aufgenommen werden kann.
- 6.) Sobald der Auftrag vergeben ist, sollen dem Auftragnehmer mind. 3 Personen aus dem Teilnehmerpool des jobcenter Duisburg vorgeschlagen werden. Sofern der Auftragnehmer eigene Vorschläge hinsichtlich der zu beschäftigenden Person(en) unterbreitet, sollen diese – sofern die Fördervoraussetzungen erfüllt sind – vorrangig berücksichtigt werden.  
Die Entscheidung über die Einstellung obliegt dem Auftragnehmer. Diesem soll eine Frist von max. 4 Wochen nach Zuschlag zur Auswahl zugesprochen. Der entsprechende Arbeitsvertrag ist dem Auftraggeber unaufgefordert nach Unterzeichnung vorzulegen.
- 7.) Es werden im Rahmen der Vergaben Mehraufwendungen /-ausgaben durch die Minderleistung der einzustellenden langzeitarbeitslosen Menschen unterstellt. Die Stadt Duisburg beantragt hierfür einen pauschalen Ausgleich pro TN/Monat beim Land. Es wird mit einem Minderleistungsausgleich in Höhe von 70% kalkuliert. Dies entspricht einem Ausgleich in Höhe von ca. 1.500,- € je TN/Monat.
- 8.) Die rechtlichen Bestimmungen zum Mindestlohn- und Tarifrecht sind einzuhalten. Die staatlichen Arbeitsschutzvorschriften und Unfallverhütungsvorschriften des Unfallversicherungsträgers sind zu beachten.
- 9.) Um das Beschäftigungsverhältnis zu stabilisieren und die Teilnehmer\*innen dauerhaft in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren, ist ein flankierendes Coaching vorgesehen. Die Teilnehmer haben die Möglichkeit für die Dauer der Beschäftigungszeit (längstens jedoch bis zum 31.12.2019) freiwillig an einem durch das Modellprojekt finanziertes und durch das jobcenter Duisburg durchzuführendes Coaching teilzunehmen. Eine Berechtigung zur Teilnahme am Coaching ist arbeitsvertraglich zu regeln.  
Darüber hinaus prüft das jobcenter Duisburg, inwieweit die Inanspruchnahme von Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II und III möglich und geboten ist.

**Alle Dezernate und Fachbereiche werden verpflichtet und städtische Konzerntöchter werden gebeten, diese Vorgaben bei Beschaffungsvorhaben bzw. bei der Ausführung Inhouse-Beauftragungen ab sofort zu berücksichtigen und anzuwenden.**

Die Checkliste ist als Anlage zu dieser Mitteilung auf der Seite des Hauptamtes sowie in den „Internen Formularen“ im Intranet veröffentlicht.

Mit der Berücksichtigung von langzeitarbeitslosen Menschen im Rahmen städtischer Vergabeverfahren bzw. Inhouse-Beauftragungen leistet die Stadt einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Sie bietet den Teilnehmern des Projektes eine Perspektive für eine dauerhafte Teilhabe am Erwerbs- und Sozialleben ohne Bezug von Transferleistungen.